

Rede 2 zur Aktion am 6.9.2025 in Friedberg

„Alle Augen auf Gaza!“

Am 1. September ist Antikriegstag.

Am heutigen Samstag stehen wir hier für Frieden und Abrüstung!

Es gibt genug Gründe, gegen Krieg zu sein:

Das sinnlose Töten in der Ukraine.

Die milliardenschwere Hochrüstung Deutschlands, die mit Kriegskrediten und Sozialabbau finanziert wird.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Doch am grausamsten ist der Völkermord in Gaza. Dieser Wahnsinn muss enden!

In Gaza verüben die rechte israelische Regierung und ihre Armee einen Völkermord! Systematisch wird die Lebensgrundlage der Palästinenser zerstört. Durch Exportverbot, verbrannte Ackerflächen, umgebaggerte Olivenhaine, zerstörte Wasserversorgung und selbst der küstennahe Fischfang ist verboten.

Durch Flächenbombardements und Baggereinsätze wurden über 80 Prozent aller Gebäude unbewohnbar.

In Gaza herrscht heute eine von Israel absichtlich herbeigeführte Hungersnot. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat im August erklärt, dass in Gaza-Stadt und den umliegenden Gebieten eine halbe Million Menschen von einer zur Gänze menschengemachten Hungerkatastrophe betroffen sind. Dort sind in den nächsten Monaten mindestens 132.000 Kinder unter fünf Jahren vom Tod bedroht.

Für weitere 1,07 Millionen Menschen im Gazastreifen gilt extreme Nahrungsmittelknappheit, die Unterernährung ist hoch und das Risiko von Hungertoten nimmt rasch zu.

Israel hat auch die Wasserversorgung auf ein Minimum unterbunden.

Strom und andere Energie gibt es kaum noch.

Alle Krankenhäuser wurden bombardiert.

Die Einfuhr medizinischer Güter von Hilfsorganisationen hatte die israelische Regierung Anfang März 2025 monatelang komplett blockiert.

"Israel hat entschieden, keine Waren und Hilfsgüter mehr nach Gaza zu lassen", sagte Israels Premier Benjamin Netanjahu damals offen.

"Nicht einmal ein Weizenkorn wird nach Gaza gelangen", hieß es von Finanz- und Siedlungsminister Bezalel Smotrich, der schon vergangenes Jahr behauptet hatte, es sei "gerecht und moralisch richtig, zwei Millionen Menschen in Gaza auszuhungern, nur wird die Welt uns nicht lassen". Leider lässt gerade die westliche Welt – und auch Deutschland – diesen Wahnsinn immer noch zu.

Doch viele Länder stellen sich gegen diesen Genozid. Mitte Mai wurde Israels Blockade auf internationalen Druck hin zumindest teilweise wieder aufgehoben. Die Hilfslieferungen, die den Gazastreifen danach erreicht haben, reichen aber bei weitem nicht, um die Hungersnot abzuwenden.

Seit Mai liegt die Ausgabe von Hilfslieferungen bei der Gaza Humanitarian Foundation (GHF), einer in den USA registrierten Briefkastenfirma mit Verbindungen zur israelischen Armee und US-Unternehmern. Die UNO und Hilfsorganisationen sprechen von einem Verstoß gegen die humanitären Prinzipien von Neutralität und Unabhängigkeit.

Aber das ist nicht alles:

UN-Angaben zufolge sind bisher mehr als 1000 Menschen bei dem Versuch an einer Ausgabestelle Hilfe zu erhalten, getötet worden. Durch gezielte Schüsse israelischer Scharfschützen.

Liebe Freund:innen,

hier in Deutschland wird das völkerrechtswidrige Vorgehen der israelischen Armee immer noch verteidigt.

Es heißt: Nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober musste man reagieren. Israel verteidige sich und seine Existenz.

Die israelischen Angriffe auf zivile Infrastruktur werden mit Waffenlagern oder militärischen Stützpunkten der Hamas gerechtfertigt.

Damit das klar ist:

Wir sind hier auf gar keinen Fall Unterstützer:innen des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober 2023.

Doch wir sehen nicht, dass der Krieg der israelischen Regierung und der nun folgende Völkermord durch diesen Angriff der Hamas zu rechtfertigen ist.

Der Angriff der Hamas kostete mehr als Tausend israelischen Bürgern das Leben.

Das ist überhaupt nicht zu beschönigen!

Das Existenzrecht Israels stand aber niemals auf dem Spiel.

Die Hamas hat keine Mittel, einen Völkermord an Israel zu begehen. Keine Panzer, keine Luftwaffe, keine Marine. Selbst wenn man ihnen unterstellt, das sei ihre Absicht – das rechtfertigt nichts.

Alle Regime, die einen Genozid verübt haben – das Deutsche Reich in Südwestafrika, das Osmanische Reich, die deutschen Faschisten –, haben sich selbst als Opfer dargestellt, als Verteidiger gegen eine Bedrohung. Das ist immer das gleiche Narrativ. Aber Genozid bleibt ein Verbrechen – unabhängig vom Auslöser.

Nach dem 7. Oktober gab es zwei Arten von Äußerungen aus Israel.

Einerseits eine ganze Reihe von Aussagen von Politikern und Militärs, die klar auf einen genozidalen Vorsatz hindeuteten. Sie sprachen davon, Gaza zu „plätten“, zu zerstören, den Menschen Wasser, Nahrung und Strom zu entziehen. Sie bezeichneten die Palästinenser als „menschliche Tiere“.

Solche Aussagen, von Personen in exekutiven Positionen, kann man nicht nur als Absicht zum Genozid deuten, sondern auch als Aufruf an die Truppen, dass jedes Vorgehen gerechtfertigt ist.

Andererseits erklärte Israel offiziell, die Kriegsziele seien die Befreiung der Geiseln und die Zerschlagung der Hamas.

Das schien zunächst plausibel.

Doch was die rechte israelische Regierung und ihre Armee in Gaza anrichten, straft diese Kriegsziele Lügen!

Fakt ist: Die rechte israelische Regierung geht mit allen Mitteln gegen 2 Millionen Menschen in Gaza vor.

Erklärtes Ziel ist die komplette Säuberung des Gazastreifens, was Netanjahu erst kürzlich und wiederholt erklärte.

Wir verlangen von Deutschland,

wir verlangen von unserer Regierung,

dass sie das, was sich in Gaza abspielt nicht weiter verharmlost.

Wir verlangen, dass sich die Bundesregierung nicht schützend vor Israel stellt, wenn es gegen das Völkerrecht verstößt.

Wir verlangen, dass keinerlei Waffen mehr an Israel geliefert werden,
keine Munition, keine KI, keine Killerroboter, keine Drohnen.

Wir verlangen, dass in Deutschland der Protest gegen diesen Völkermord
nicht mit der Antisemitismus-Keule abgewürgt wird.

Der Protest richtet sich nicht gegen Juden!

Es gibt genug jüdische Menschen, die diese ultrarechte Politik Israels
ablehnen!

Wir verlangen, dass Kritiker:innen nicht aus ihren Jobs und Lehrstühlen
entlassen werden, dass Journalisten nicht mit Sanktionen belegt werden,
dass Protestaktionen nicht gewaltsam von der Polizei aufgelöst werden!

Wir verlangen den Schluss der Besatzungspolitik und Freiheit für
Palästina!

Wenn Deutschland Israel unterstützen will, dann sollte es das
demokratische, rechtsstaatliche, menschenrechtsorientierte Israel
unterstützen. Nicht das Israel, das von jüdischen Suprematisten, Rassisten
und Gewalttätern regiert wird, die nicht nur die palästinensische
Bevölkerung unterdrücken, sondern auch die jüdische Opposition im
eigenen Land.

Liebe Freund:innen!

Rütteln wir die Menschen auf!

Alle Augen auf Gaza!